



DIHK-Informationsüberblick EU-Handelspolitik

Am 19.02.2021 hat die EU-Kommission die neue [EU-Handelsstrategie](#) vorgestellt, die die Vorgängerstrategie „Trade for All“ aus dem Jahr 2015 ersetzt. Der DIHK hatte sich an der EU-Konsultation hierzu 2020 [beteiligt](#). Die Strategie legt für die kommenden Jahre die handelspolitischen Schwerpunkte der EU unter dem Leitmotiv „**Open Strategic Autonomy**“ fest. Dieser Begriff wird wie folgt definiert: „Multilateral kooperieren, wo immer wir können, autonom handeln, wo immer wir müssen.“

Davon abgeleitet werden folgende Kernziele der EU-Handelspolitik formuliert:

- **Unterstützung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der EU durch die Förderung des ökologischen und digitalen Wandels**
- **Stärkung des Multilateralismus durch globale Regeln für eine faire Globalisierung**
- **Stärkere Durchsetzung von EU-Interessen und -Werten durch neue Instrumente**

Um diese drei Ziele zu erreichen, wird sich die EU auf folgende Handelsbereiche konzentrieren:

1. **Reform der WTO**
2. **Unterstützung des ökologischen Wandels und die Förderung verantwortungsvoller und nachhaltiger Wertschöpfungsketten**
3. **Förderung des digitalen Wandels und des Handels mit Dienstleistungen**
4. **Stärkung des regulatorischen Einflusses der EU in der Welt**
5. **Vertiefung der Beziehungen mit den Nachbar- und Erweiterungsländern sowie mit Afrika**
6. **Stärkerer Fokus auf die Umsetzung und Durchsetzung von Handelsabkommen und fairer weltweiter Wettbewerbsbedingungen.**

Multilaterale Agenda:

Begleitet wird die EU-Strategie von einem detaillierten Vorschlag zur Reform der Welthandelsorganisation für die 12. WTO-Ministerkonferenz Ende 2021. Kernziele der EU sind hierbei die Vereinbarung globaler Verpflichtungen in den Bereichen Handel und Klimaschutz, neue Regeln für den digitalen Handel, strengere Regeln zur Bekämpfung von Wettbewerbsverzerrungen.

Im Zentrum steht dabei eine Einigung zur Reaktivierung des WTO-Berufungsgremiums und damit der zweiten Instanz der WTO-Streitbeilegung. Diese ist durch eine US-Blockade seit 2019 erodiert. Die EU hat parallel mit 18 Ländern wie China, Brasilien und der Schweiz einen Übergangsmechanismus (MPIA) geschaffen, sodass die Streitbeilegung zwischen diesen Ländern fortgesetzt werden kann. Länder wie die USA, das UK, Argentinien, die Türkei, Indien oder Russland sind nicht Teil von MPIA.

E-Commerce: Seit 2019 fanden sieben Verhandlungsrunden mit 83 WTO-Mitgliedern statt. Ein Abschluss 2021 ist möglich.

Investitionserleichterungen: Seit 2017 laufen Gespräche mit 91 WTO-Mitgliedern. Ein Abschluss 2021 ist möglich.

Umweltgüterabkommen: Von 2014 bis 2016 fanden 18 Verhandlungsrunden mit 16 WTO-Mitgliedern statt. Gespräche zur Wiederaufnahme laufen.

WTO-Mittelstandsagenda: Im Dezember 2020 haben sich 100 WTO-Mitglieder auf Maßnahmen zur besseren Einbindung von KMUs in globale Wertschöpfungsketten geeinigt. Darauf aufbauend sollen weitergehende Maßnahmen verhandelt werden.



WTO-Gesundheitsabkommen: Als Reaktion auf die Corona-Krise hat die EU mit weiteren Partnern 2020 Verhandlungen zu einem WTO-Abkommen gestartet, um Hemmnisse im Gesundheitsgüterhandel zu beseitigen.

Trilaterale Gespräche: Seit 2017 laufen Gespräche mit den USA und Japan für multilaterale Regeln gegen wettbewerbswidrige Subventionen im Industriebereich.

Bilaterale Agenda:

Derzeit ist die EU einer der führenden handelspolitischen Akteure. Die EU wendet 46 Handelsabkommen mit 78 Partnern an.

Verhandlungen:

USA: Im Airbus-Boeing Konflikt haben die EU, USA und UK gegenseitig ihre Zölle temporär ausgesetzt, um bis Mitte 2021 eine endgültige Einigung zu verhandeln. Eine kurzfristige Abschaffung der US Stahl- und Aluminiumzölle gegen die EU ist derzeit nicht absehbar.

China: Im Dezember 2020 wurden die Verhandlungen für ein umfassendes Investitionsabkommen (CAI) abgeschlossen. Die Ratifizierung des Abkommens steht noch aus.

Malaysia: Malaysia hat die seit 2010 laufenden Verhandlungen nach sieben Verhandlungsrunden im April 2012 gestoppt. Gespräche über eine Wiederaufnahme laufen.

Thailand: Seit 2013 fanden vier Verhandlungsrunden bis April 2014 statt. Gespräche über eine Wiederaufnahme laufen.

Indonesien: Seit 2016 fanden neun Verhandlungsrunden statt. Ein Abschluss ist 2021 möglich.

Philippinen: Seit 2015 fanden zwei Verhandlungsrunden statt. Ein Abschluss ist 2021 unwahrscheinlich.

Myanmar: Seit 2014 fanden vier Verhandlungsrunden für ein Investitionsschutzabkommen statt. Seit 2017 sind die Verhandlungen gestoppt.

Indien: Seit 2007 liefen Verhandlungen über ein Handelsabkommen. Diese sind seit 2013 de facto gestoppt. Gespräche über eine Wiederaufnahme laufen.

Australien: Seit 2018 fanden zehn Verhandlungsrunden statt. Ein Abschluss 2021 ist möglich.

Neuseeland: Seit 2018 fanden zehn Verhandlungsrunden statt. Ein Abschluss 2021 ist wahrscheinlich.

Mercosur: Nach 20jährigen Verhandlungen wurde am 28.06.2019 ein Verhandlungsdurchbruch erzielt. Die Ratifizierung steht noch aus.

Verhandlungen zur Modernisierung bestehender Abkommen:

Mexiko: Der Verhandlungsdurchbruch wurde am 21.04.2018 erreicht. Die Ratifizierung steht noch aus.

Chile: Seit 2017 fanden neun Verhandlungsrunden statt. Ein Abschluss 2021 ist möglich.

Marokko: Von 2013-2014 fanden vier Verhandlungsrunden statt. Gespräche über eine Wiederaufnahme laufen.



Tunesien: Von 2015-2019 fanden vier Verhandlungsrunden statt. Gespräche über eine Wiederaufnahme laufen.

Andorra, Monaco und San Marino: Seit 2016 laufen Verhandlungen zur Anbindung der Länder an den EU-Binnenmarkt.

Energiecharta: Die Energiecharta ist ein Investitionsschutzvertrag von 53 Staaten, der seit 16.04.1998 in Kraft ist. Seit 2020 laufen Verhandlungen zur Modernisierung des Abkommens.

Seit jüngster Zeit in Kraft:

UK: Die Verhandlungen zum EU-UK Abkommen TCA wurden im Dezember 2020 abgeschlossen. Die Ratifizierung durch das Europaparlament erfolgte im April 2021 nach einer bis dahin erfolgten vorläufigen Anwendung.

Kanada: CETA ist seit 21.09.2017 vorläufig in Kraft. Für das vollständige Inkrafttreten steht die Ratifizierung durch mehrere EU-Mitgliedstaaten noch aus.

Japan: Das Handelsabkommen ist seit 01.02.2019 in Kraft. Verhandlungen zu einem Investitionsschutzabkommen dauern an.

Vietnam: Das Handelsabkommen ist seit 01.08.2020 in Kraft. Für das Inkrafttreten des Investitionsschutzabkommens steht die Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedstaaten noch aus.

Singapur: Das Handelsabkommen ist seit 21.11.2019 in Kraft. Für das Inkrafttreten des Investitionsschutzabkommens steht die Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedstaaten noch aus.

Zudem hat die EU mit fast allen Staaten der Afrika-Pazifik-Karibik-Regionen „Economic Partnership Agreements“ verhandelt, die teilweise in Kraft sind:

- Zentralafrika
- Westafrika
- Ost- und Südafrika
- Ostafrikanische Gemeinschaft
- Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft
- Karibik
- Pazifik

Unilaterale Agenda:

Die EU bietet dutzenden Entwicklungsländern durch GSP, GSP+ und EBA unilateral präferenziellen Marktzugang an.

Die EU verteidigt EU-Produzenten gegen unfaire Handelspraktiken in Drittstaaten wie etwa Dumping durch Handelsschutzmaßnahmen. Um gegen Staaten vorgehen zu können, die die Streitbeilegung in der WTO oder bilateralen Abkommen blockieren, hat die EU ihre Enforcement Regulation 2021 modernisiert. Zudem hat die EU-Kommission ein darüber hinaus gehenden „Anti-Coercion Mechanism“ angekündigt.

Im Oktober 2020 hat die EU-Kommission ihr neues Handelsportal „Access2Markets“ für Unternehmen präsentiert, das auch ein Ursprungstool beinhaltet.

Im Bereich Exportkontrolle ist die EU Dual-Use-Reform Anfang 2021 verabschiedet worden.

Seit Herbst 2020 ist der EU-Koordinationsmechanismus zu Investitionen aus Drittstaaten in Kraft.



Für Mitte 2021 hat die EU-Kommission einen Legislativvorschlag zum Thema Due Diligence und Lieferketten angekündigt.

2021 wird ein Legislativvorschlag für die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus erwartet.

Hintergrund

Die EU wendet 46 Handelsabkommen mit 78 Partnern an. Der Handel mit diesen Partnern belief sich auf 1.398 Mrd. €, was 34 % des EU-Außenhandels entspricht. 60 % der EU-Importe werden zur Herstellung von EU-Gütern verwendet.

Der Rest des EU-Außenhandels fällt einzig unter die Regeln der Welthandelsorganisation. Im Vergleich zu den USA und China ist die EU der wichtigste Handelspartner für 74 Länder. Die EU ist somit der wichtigste Handelspartner für Asien, Afrika, die USA, den westlichen Balkan und die EU-Nachbarschaft. China ist der wichtigste Handelspartner für 66 Länder, die USA für 31 Länder.

Der Außenhandel sichert laut EU-Kommission 35 Millionen Arbeitsplätze in der EU, im Vergleich zu 20 Millionen im Jahr 2000. 16 Millionen Arbeitsplätze in Europa hängen von ausländischen Investitionen in der EU ab. Kleine und mittlere Unternehmen machen 85% aller EU-Exporteure aus. Ihre Exporte stützen über 13 Millionen Arbeitsplätze in der EU, wobei Waren- und Dienstleistungsexporte einen ähnlichen Beitrag leisten.

EU-Handelsabkommen sind mit folgenden Ländern in Kraft:

Ägypten, Albanien, Algerien, Andorra, Antigua und Barbuda, Armenien, Aserbaidschan, Bahamas, Barbados, Belize, Bosnien-Herzegowina, Botswana, Kamerun, Kanada, Chile, Kolumbien, Comoros, Costa Rica, Elfenbeinküste, Dominica, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Eswatini, Färöer Inseln, Fiji, Georgien, Grenada, Guatemala, Guyana, Honduras, Island, Israel, Irak, Jamaica, Japan, Jordanien, Kasachstan, Kosovo, Libanon, Lesotho, Liechtenstein, Madagaskar, Mauritius, Mexiko, Moldawien, Montenegro, Marokko, Mosambik, Namibia, Nicaragua, Nordmazedonien, Norwegen, Palästina, Papua Neuguinea, Peru, Samoa, San Marino, Serbien, Seychellen, Singapur, Solomonen, Südafrika, Südkorea, St Kitts und Nevis, St Lucia, St Vincent and the Grenadines, Suriname, Schweiz, Trinidad und Tobago, Tunesien, Türkei, Ukraine, Vietnam, Simbabwe.

EU-Handelsabkommen mit folgenden Ländern stehen zur Ratifizierung an:

Argentinien, Benin, Brasilien, Burkina Faso, Burundi, Cabo Verde, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Haiti, Kenia, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Paraguay, Ruanda, Senegal, Sierra Leone, Tansania, Togo, Uganda, Uruguay.

Verhandlungen mit folgenden Ländern sind derzeit ausgesetzt:

Bahrain, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Kongo, Dschibuti, Äquatorial Guinea, Äthiopien, Gabun, Indien, Kuwait, Malawi, Malaysia, Myanmar, Oman, Qatar, Demokratische Republik Kongo, Sao Tome & Principe, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Thailand, UAE, USA, Sambia.

Stand: April 2021